

Zusammenarbeit auf den Devisenmärkten und die zur Verbesserung des Funktionierens des internationalen Währungssystems geleistete Arbeit.

7.

Mit Hilfe der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und anderer Institutionen werden wir auch Reformen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit des Wachstumspotentials durchführen. Diese umfassen:

- a) mehr Wettbewerb in unseren Volkswirtschaften, einschließlich ordnungspolitischer Reformen. Dies kann die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher verbessern, zu Preissenkungen führen und die Belastungen des Unternehmenssektors vermindern;
- b) größere Transparenz, Beseitigung von wettbewerbsverzerrenden Subventionen oder eine größere Disziplin in diesem Bereich, da solche Subventionen zu einer ineffizienten Verteilung der Ressourcen führen und die öffentlichen Ausgaben übermäßig ausweiten;
- c) verbesserte Erziehung und Ausbildung, damit die Qualifikationen und Chancen der Beschäftigten und Nichtbeschäftigten erhöht werden, sowie Politiken, die zu größerer Flexibilität im Beschäftigungssystem beitragen;
- d) einen leistungsfähigeren öffentlichen Sektor, zum Beispiel durch höhere Managementstandards einschließlich der Möglichkeiten der Privatisierung und der freien Auftragsvergabe;
- e) die weite und schnelle Verbreitung von Neuerungen in Wissenschaft und Technik;
- f) wichtige private und staatliche Investitionen in die Infrastruktur.

8.

Wir werden national und international Arbeiten zur Entwicklung von kostengünstigen marktwirtschaftlichen Instrumenten zum Schutz der Umwelt wie Steuern, Gebühren und handelbare Genehmigungen fördern.

## Welthandel

9.

Keine Frage hat weitreichendere Implikationen für die Zukunftsaussichten der Weltwirtschaft als der erfolgreiche Abschluß der Uruguay-Runde. Er wird Anreize für ein inflationstheoretisches Wachstum schaffen, indem er das Vertrauen stärkt, den Protektionismus zurückführt und die Handelsströme vermehrt. Er wird für die Eingliederung der Entwicklungsländer und der mittel- und osteuropäischen Staaten in das multilaterale Handelssystem wesentlich sein. All diese Vorteile werden verlorengehen, wenn wir die Runde nicht zum Abschluß bringen können.

10.

Wir bekennen uns daher zu einem anspruchsvollen, globalen und ausgewogenen Paket als Ergebnis dieser Runde unter möglichst umfassender Beteiligung sowohl der Industrieländer als auch der Entwicklungsländer. Ziel aller Vertragsparteien sollte der Abschluß der Runde vor Ende des Jahres 1991 sein. Wir alle werden uns weiterhin persönlich in diesem Prozeß engagieren und bereit sein, einander zu konsultieren, wenn Schwierigkeiten nur auf höchster Ebene gelöst werden können.

11.

Zur Erreichung unserer Ziele ist es erforderlich, in den noch verbleibenden Monaten dieses Jahres nachhaltige Fortschritte auf allen Gebieten in den Genfer Verhandlungen zu erzielen.

Hauptsächlich ist in den folgenden Bereichen insgesamt ein schnelles Fortkommen dringend erforderlich:

- a) im Bereich des Marktzugangs, wo als Teil einer substantiellen Reduzierung der Zölle und paralleler Maßnahmen gegen nichttarifäre Handelshemmnisse insbesondere Spitzenzölle für einige Produkte gesenkt und für andere ganz aufgehoben werden müssen;
- b) in der Landwirtschaft, wo über einen Rahmen entschieden werden muß, der konkrete bindende Verpflichtungen in bezug auf innerstaatliche Stützungsmaßnahmen, Marktzugang und Exportwettbewerb vorsieht, so daß ein substantieller und fortschreitender Abbau der Stützungsmaßnahmen und des Protektionismus in jedem Bereich vereinbart werden kann, wobei nicht handelsbezogene Belange berücksichtigt werden sollten;
- c) im Bereich der Dienstleistungen, wo das Einvernehmen hinsichtlich einer allgemeinen Vereinbarung über den Handel mit Dienstleistungen durch substantielle und bindende Anfangsverpflichtungen bestätigt werden sollte, bestehende Beschränkungen im Dienstleistungshandel abzubauen oder zu beseitigen und auf die Einführung neuer Beschränkungen zu verzichten;
- d) im Bereich des geistigen Eigentums, wo klare und durchsetzbare Regelungen und Verpflichtungen zum Schutz aller Eigentumsrechte erforderlich sind, um Investitionen und die Verbreitung von Technologie zu fördern.

12.

Fortschritte in diesen Fragen werden eine endgültige Einigung in Bereichen, in denen man schon kurz vor dem Abschluß steht, wie zum Beispiel Textilien, tropische Produkte, Sicherungsmaßnahmen und Streitbeilegung, fördern. Die Einigung auf einen verbesserten Streitbeilegungsmechanismus sollte zu der Verpflichtung führen, nur im Rahmen der multilateralen Regeln zu handeln. Diese Punkte und die anderen Verhandlungselemente, einschließlich der Erstellung von GATT-Regeln, sollten alle zusammengengenommen in das von uns angestrebte substantielle und umfassende Paket einmünden.

13.

Wir werden bestrebt sein, sicherzustellen, daß regionale Integration mit dem multilateralen Handelssystem vereinbar ist.

14.

Wie wir schon in Houston feststellten, erfordert ein erfolgreicher Abschluß der Uruguay-Runde auch eine institutionelle Stärkung des Welthandelssystems. In diesem Zusammenhang sollte der Plan einer internationalen Handelsorganisation aufgegriffen werden.

15.

Offene Märkte tragen zur Erzeugung der für den Schutz der Umwelt erforderlichen Ressourcen bei. Daher sprechen wir der OECD für die von ihr geleistete Pionierarbeit zur Gewährleistung sich gegenseitig unterstützender Handels- und Umweltpolitiken unsere Anerkennung aus. Vom Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) erwarten wir, daß es Wege zu einer geeigneten Nutzung von Handelsmaßnahmen für umweltbezogene Zwecke aufzeigt.

16.

Wir sind überzeugt, daß die OECD-Mitglieder in naher Zukunft – und in jedem Fall spätestens bis Ende des Jahres – noch bestehende Hindernisse auf dem Weg zu einer Einigung über die Verminderung der Handelsverzerrungen, die eine Folge von subventionierten Exportkrediten und von Krediten für gebundene Hilfe sind, überwinden müssen. Wir begrüßen die

Initiative der OECD zur Untersuchung von Systemen und Strukturen in bezug auf Exportkreditprämien und hoffen auf einen baldigen Bericht.

## Energie

17.

Wie die Golfkrise gezeigt hat, bleiben Ölversorgung und Ölpreise anfällig für politische Erschütterungen, die sich störend auf die Weltwirtschaft auswirken. Diese Erschütterungen wurden jedoch durch das wirksame Funktionieren des Marktes, durch eine willkommene Erhöhung der Liefermenge seitens bestimmter erdölexportierender Länder und durch von der Internationalen Energie-Agentur (IEA) koordinierte Aktionen, insbesondere die Nutzung von Vorräten, abgefedert. Wir setzen uns dafür ein, die Notfallbereitschaft der IEA zu verbessern und ihre Unterstützungsmaßnahmen zu stärken. Da die Krise zu verbesserten Beziehungen zwischen Ölproduzenten und -verbrauchern geführt hat, könnten die Kontakte zwischen allen Marktteilnehmern weiterentwickelt werden, um Kommunikation, Transparenz und das effiziente Funktionieren der Marktkräfte zu verbessern.

18.

Wir werden darauf hinarbeiten, eine stabile internationale Energieversorgung zu gewährleisten. Hemmnisse für Handel und Investitionen im Energiebereich abzubauen, hohe Umwelt- und Sicherheitsstandards zu fördern und die internationale Zusammenarbeit in der Forschung und Entwicklung auf allen diesen Gebieten voranzutreiben. Ferner werden wir uns bemühen, den sparsamen Umgang mit Energie zu verbessern und die Preise für die Energie aus sämtlichen Quellen so festzusetzen, daß die Kosten, einschließlich der Umweltkosten, vollständig zum Ausdruck kommen.

19.

In diesem Zusammenhang trägt die Erzeugung von Kernenergie zur Diversifizierung der Energiequellen und zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bei. Bei der Entwicklung der Kernkraft als einer wirtschaftlichen Energiequelle ist es von entscheidender Bedeutung, die höchstmöglichen Sicherheitsstandards auch hinsichtlich der Entsorgung zu erreichen und aufrechtzuerhalten und die weltweite Zusammenarbeit zu diesem Zweck zu fördern. Die kerntechnische Sicherheitslage in Mittel- und Osteuropa und in der Sowjetunion verdient besondere Aufmerksamkeit. Hierin liegt ein dringendes Problem, und wir fordern die Völkergemeinschaft auf, wirksame Mittel zur Koordinierung ihrer Reaktion zu entwickeln.

20.

Die kommerzielle Nutzbarmachung erneuerbarer Energiequellen und ihre Eingliederung in allgemeine Energieversorgungssysteme sollte auf Grund der Vorteile, die diese Quellen für Umweltschutz und Energiesicherheit bieten, ebenfalls gefördert werden.

21.

Wir alle beabsichtigen, uns uneingeschränkt an der Initiative der Europäischen Gemeinschaft für die Schaffung einer Europäischen Energie-Charta auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten aller Unterzeichnerstaaten zu beteiligen. Ziel ist die Förderung eines freien Energiehandels, der keine Verzerrungen aufweist, die Verbesserung der Versorgungssicherheit, der Schutz der Umwelt und die Unterstützung der Wirtschaftsreformen in den mittel- und osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion, insbesondere durch die Schaffung eines offenen Systems für kommerzielle Investitionen im Energiebereich, in dem Diskriminierung keinen Platz hat.

## Mittel- und Osteuropa

22.

Wir begrüßen den Mut und die Entschlossenheit der Länder Mittel- und Osteuropas, die sie beim Aufbau der Demokratie und beim Übergang zu marktwirtschaftlichen Systemen trotz gewaltiger Hindernisse aufgebracht haben. Wir begrüßen die Ausbreitung politischer und wirtschaftlicher Reformen überall in der Region. Diese Veränderungen sind von großer historischer Bedeutung. Bulgarien und Rumänien folgen nun den bahnbrechenden Vorstößen Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei. Albanien tritt aus seiner jahrelangen Isolation heraus.

23.

In der Erkenntnis, daß erfolgreiche Reformen hauptsächlich von den fortgesetzten Bemühungen der betroffenen Länder selbst abhängen, bekräftigen wir unsererseits erneut unser eindeutiges Bekenntnis zur Unterstützung ihrer Reformbemühungen, zur Knüpfung engerer Beziehungen zu ihnen und zur Förderung ihrer Eingliederung in das Weltwirtschaftssystem. Regionale Initiativen stärken unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit.

24.

Alle mittel- und osteuropäischen Länder außer Albanien sind nun Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Wir begrüßen die Schritte derjenigen Länder, die vom IWF geförderte Programme zur makroökonomischen Stabilisierung umsetzen. Es ist entscheidend, daß diese Programme durch Strukturreformen wie die Privatisierung und Umstrukturierung staatlicher Unternehmen, die Steigerung des Wettbewerbs und die Stärkung der Eigentumsrechte, ergänzt werden. Wir begrüßen die Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), die den Auftrag hat, den Übergang zu offenen, marktorientierten Wirtschaftssystemen zu fördern und private Initiativen in den demokratisch ausgerichteten mittel- und osteuropäischen Ländern zu unterstützen.

25.

Ein günstiges Umfeld für private Investitionen aus dem In- und Ausland ist für dauerhaftes Wachstum und die Vermeidung der Abhängigkeit von der Hilfe ausländischer Regierungen entscheidend. In dieser Hinsicht sollte sich die von unserem Privatsektor und unseren Regierungen, der Europäischen Gemeinschaft und internationalen Institutionen geleistete technische Unterstützung darauf konzentrieren, bei dieser entscheidenden, auf marktwirtschaftliche Prinzipien gegründeten Umgestaltung Hilfestellung zu leisten. In diesem Zusammenhang betonen wir, wie wichtig es ist, Gesichtspunkte des Umweltschutzes in den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß in Mittel- und Osteuropa einzubeziehen.

26.

Für die mittel- und osteuropäischen Länder sind expandierende Märkte für ihre Exporte ein entscheidender Faktor. Wir begrüßen die bereits erzielten substantiellen Steigerungen der Exporte in Länder mit Marktwirtschaften und verpflichten uns, den Zugang zu unseren Märkten für ihre Produkte und Dienstleistungen weiter zu verbessern, auch in solchen Bereichen wie Stahl, Textilien und landwirtschaftliche Erzeugnisse. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Fortschritte bei der Aushandlung von Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei sowie die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündete Initiative zur Handelsförderung, die alle mit den GATT-Prinzipien übereinstimmen werden. Wir werden die OECD dabei unterstützen, Beschränkungen im Ost-West-Handel aufzuzeigen und deren Abbau zu erleichtern.

27. Die Arbeiten der Gruppe der 24 (G 24), die auf dem Pariser Gipfel eingeleitet wurden und bei denen die Europäische Kommission den Vorsitz führt, haben Mittel für die bilaterale Unterstützung dieser Länder, einschließlich Finanzmittel zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanzen mit dem Ziel der Unterstützung der vom IWF geförderten Programme, in Höhe von 31 Milliarden Dollar mobilisiert. Solche Programme gibt es bereits für Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei. Wir begrüßen die für Bulgarien und Rumänien schon geleisteten Beiträge. Wir intensivieren den Koordinierungsprozeß der G 24 und bekräftigen die von uns allen geteilte Bereitschaft, einen fairen Beitrag zu den globalen Anstrengungen zu leisten.

### Die Sowjetunion

28. Wir unterstützen die in der Sowjetunion unternommenen Schritte in Richtung auf eine politische und wirtschaftliche Umgestaltung und sind bereit, bei der Eingliederung der Sowjetunion in die Weltwirtschaft zu helfen.

29. Reformen zur Entwicklung einer Marktwirtschaft sind erforderlich, um Anreize zum Wandel zu schaffen und die sowjetische Bevölkerung zu befähigen, ihre eigenen beträchtlichen natürlichen und menschlichen Ressourcen zu mobilisieren. Ein klarer, vereinbarter Rahmen, in dem die Zentralgewalt und die Republiken ihre jeweiligen Aufgaben wahrnehmen, ist für den Erfolg der politischen und wirtschaftlichen Reformen grundlegend.

30. Wir haben Präsident Gorbatschow zu einem Gespräch über Reformpolitiken und ihre Umsetzung sowie über Möglichkeiten, wie wir diesen Prozeß fördern können, eingeladen.

31. Wir sprechen dem IWF, der Weltbank, der OECD und der EBWB für die von uns in Houston in Auftrag gegebene und in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission verfaßte Studie über die Reform in der Sowjetunion unsere Anerkennung aus. Diese Studie legt viele für eine erfolgreiche wirtschaftliche Reform erforderliche Elemente dar, wozu auch finanz- und währungspolitische Disziplin und die Schaffung der Rahmenbedingungen für eine Marktwirtschaft gehören.

32. Wir sind uns des politischen Gesamtzusammenhangs, in dem die Reformen stattfinden, einschließlich des neuen Denkens in der sowjetischen Außenpolitik auf der ganzen Welt bewußt. Außerdem sind wir uns der Bedeutung bewußt, die der Umschichtung von Ressourcen aus dem militärischen in den zivilen Bereich zukommt.

33. Wir sind besorgt über die Verschlechterung der sowjetischen Wirtschaftslage, die nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas beträchtliche Härten hervorruft.

### Der Nahe Osten

34. Viele Länder haben infolge der Golfkrise wirtschaftlichen Schaden erlitten. Wir begrüßen es, daß die Koordinierungsgruppe für die Golfkrise Hilfszahlungen in Höhe von nahezu 16 Milliar-

den Dollar für die Länder, die von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Golfkrise am unmittelbarsten betroffen sind, mobilisieren konnte, und fordern alle Geber nachdrücklich auf, die Auszahlung dieser Gelder rasch abzuschließen. Die Gipfelteilnehmer sowie der IWF und die Weltbank haben beträchtliche Hilfe für die Mittelmeerländer und Länder im Nahen Osten bereitgestellt.

35. Wir sind der Ansicht, daß verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit in diesem Bereich auf der Grundlage der Prinzipien der Nichtdiskriminierung und des offenen Handels dazu beitragen könnte, die Schäden zu beheben und die politische Stabilität zu stärken. Wir begrüßen die Pläne wichtiger erdölexportierender Länder, finanzielle Hilfe für andere in der Region bereitzustellen, sowie ihre Entscheidung, einen Golf-Entwicklungsfonds zu gründen. Wir befürworten engere Verbindungen zwischen den internationalen Finanzinstitutionen und arabischen sowie anderen Gebern. Wir sind der Ansicht, daß dadurch erforderliche Wirtschaftsreformen und eine effiziente Nutzung von Kapitalzuflüssen unterstützt werden könnten. Privatinvestitionen gefördert sowie Anreize für die Handelsliberalisierung geschaffen und gemeinsame Projekte, wie zum Beispiel in der Wasserwirtschaft, denen unsere technischen Fähigkeiten und Kenntnisse zugute kämen, vereinfacht würden.

### Entwicklungsländer und Verschuldung

36. Die Entwicklungsländer spielen eine zunehmend konstruktive Rolle im Weltwirtschaftssystem, einschließlich der Uruguay-Runde. Viele haben radikale politische Reformen eingeführt und machen sich die folgenden Prinzipien zu eigen:

- a) Achtung der Menschenrechte und des Rechts, wodurch der einzelne ermutigt wird, zur Entwicklung beizutragen;
- b) demokratischer Pluralismus und offene Regierungssysteme, die der Öffentlichkeit gegenüber verantwortlich sind;
- c) solide marktbezogene Wirtschaftspolitiken zur Aufrechterhaltung der Entwicklung und zur Befreiung der Menschen von Armut.

Wir sprechen diesen Ländern unsere Anerkennung aus und fordern andere auf, ihrem Beispiel zu folgen. Eine verantwortungsbewußte Führung der Regierungsgeschäfte fördert nicht nur die innerstaatliche Entwicklung, sondern trägt dazu bei, ausländisches Kapital und Auslandsinvestitionen aus allen Quellen anzuziehen.

37. Unser festes Bekenntnis zur Hilfe für die Entwicklungsländer in Verbindung mit einer dauerhaften inflationsfreien Erholung unserer Volkswirtschaften und der Öffnung unserer Märkte ist der beste Weg, der uns für die Erhöhung des Wohlstands in den Entwicklungsländern zur Verfügung steht.

38. Viele dieser Länder, besonders die ärmsten, benötigen unsere finanzielle und technische Hilfe zur Stützung ihrer eigenen Entwicklungsbemühungen. Zusätzliche Hilfsanstrengungen sind erforderlich, um sowohl die Quantität als auch die Qualität unserer Unterstützung für vorrangige Entwicklungsbelange zu steigern. Zu diesen zählen Linderung der Armut, Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesens sowie der Umweltqualität unserer Hilfe. Wir befürworten die wachsende Aufmerksamkeit, die der Bevölkerungsentwicklung bei der Erarbeitung von Strategien zur Erzielung dauerhaften Fortschritts geschenkt wird.

39.

Afrika verdient unser besonderes Augenmerk. Die von afrikanischen Regierungen erzielten Fortschritte in Richtung auf solide Wirtschaftspolitiken, Demokratie und Verantwortlichkeit verbessern die Wachstumsaussichten ihrer Länder. Hierzu trägt unsere fortgesetzte Unterstützung bei, die darauf ausgerichtet ist, die Entwicklung des Privatsektors zu fördern, die regionale Integration anzuregen, Mittel zu besonders günstigen Bedingungen bereitzustellen und Schuldenlasten zu verringern. Das von der Weltbank koordinierte Sonderhilfsprogramm für Afrika, das die Wirtschaftsreformen in über 20 afrikanischen Ländern unterstützt, hat sich als nützlich erwiesen. Wir werden den afrikanischen Regionen, die mit schweren Hungersnöten konfrontiert sind, humanitäre Hilfe zukommen lassen und die Erneuerung von VN-Strukturen befürworten, um diese Hilfe effektiver zu gestalten. Wir werden bestrebt sein, den betroffenen Ländern bei der Beseitigung der Ursachen für Hungersnöte und ähnliche Notsituationen zu helfen, unabhängig davon, ob sie auf Naturereignisse oder Bürgerkriege zurückzuführen sind.

40.

Im asiatisch-pazifischen Raum erzielen viele Volkswirtschaften einschließlich der Mitglieder von ASEAN und APEC auch weiterhin ein dynamisches Wachstum. Wir begrüßen die Anstrengungen jener Volkswirtschaften der Region, die neue internationale Verantwortung übernehmen. Andere asiatische Staaten, die ihre Reformbemühungen verstärken, benötigen auch weiterhin Hilfe aus dem Ausland.

41.

Wir fühlen uns durch die in Lateinamerika erzielten Fortschritte bei der Umsetzung ernsthafter Wirtschaftsreformen und durch Entwicklungen in Richtung auf regionale Integration ermutigt. Wir begrüßen laufende Gespräche über den multilateralen Investitionsfonds im Rahmen der „Enterprise for the Americas“-Initiative, die in Verbindung mit anderen Bemühungen zur Schaffung des geeigneten Klimas für Direktinvestitionen, freieren Handel und zu einer Rückkehr von Fluchtkapital beiträgt.

42.

Mit Genugtuung nehmen wir die im Rahmen der verstärkten Schuldenstrategie erzielten Fortschritte zur Kenntnis. Einige Länder haben bereits von der Kombination aus starker Anpassung und der Reduzierung von Schulden bei Geschäftsbanken oder vergleichbaren Maßnahmen profitiert. Wir ermutigen andere Länder mit hohen Schulden bei Banken ähnliche Pakete auszuhandeln.

43.

Wir nehmen zur Kenntnis:

- a) Die vom Pariser Club erzielte Einigung über Schuldenreduzierungen oder gleichwertige Maßnahmen für Polen und Ägypten, die als Sonderfälle behandelt werden sollten;
- b) Die fortgesetzte einzelfallbezogene Überprüfung der besonderen Lage einiger ärmerer Länder mittleren Einkommens durch den Pariser Club.

44.

Die ärmsten und am höchsten verschuldeten Länder benötigen ganz besondere Konditionen. Wir sind uns darin einig, daß einzelfallbezogene zusätzliche Schuldenerleichterungsmaßnahmen für diese Länder notwendig sind, die deutlich über die bereits nach Maßgabe der Toronto-Bedingungen gewährte Erleichterung hinausgehen. Wir fordern daher den Pariser Club auf, seine Beratungen darüber fortzusetzen, wie diese Maßnahmen am besten rasch durchgeführt werden können.

45.

Wir erkennen die Notwendigkeit angemessener neuer Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer an. Wir sind der Ansicht, daß der geeignete Weg zur Vermeidung unhaltbar hoher Verschuldung darin besteht, daß die Entwicklungsländer eine verstärkte Politik verfolgen, um Direktinvestitionen anzuziehen und Fluchtkapital zurückzuführen.

46.

Wir nehmen die Schlüsselrolle des IWF zur Kenntnis, dessen Ressourcen durch eine baldige Umsetzung der Quotenerhöhung im Rahmen der Neunten Allgemeinen Überprüfung und der damit zusammenhängenden Dritten Änderung des Übereinkommens erhöht werden sollten.

## Umwelt

47.

Die Völkergemeinschaft wird im nächsten Jahrzehnt vor gewaltigen umweltbezogenen Herausforderungen stehen. Der Umgang mit unserer Umwelt ist für uns unverändert von vorrangiger Bedeutung. Unsere Wirtschaftspolitiken sollten gewährleisten, daß die Nutzung der Ressourcen dieses Planeten umweltverträglich erfolgt und die Interessen gegenwärtiger und künftiger Generationen geschützt werden. Wachsende Volkswirtschaften können die Mittel zum Schutz der Umwelt am besten mobilisieren, während demokratische Systeme eine angemessene Verantwortlichkeit gewährleisten.

48.

Umweltpolitische Überlegungen sollten in alle Bereiche der staatlichen Politiken einbezogen werden, und zwar auf eine Art und Weise, die ihren wirtschaftlichen Kosten Rechnung trägt. Wir unterstützen die wertvolle Arbeit, die in diesem Bereich von der OECD geleistet wird. Dies beinhaltet die systematische Überprüfung von Umweltberichten der Mitgliedsländer und die Entwicklung von Umweltindikatoren, die in Entscheidungsprozessen Anwendung finden.

49.

Im internationalen Rahmen müssen wir einen kooperativen Ansatz für die Bewältigung von Umweltproblemen entwickeln. Die Industrieländer sollten ein Beispiel geben und so die Entwicklungsländer und die Völker Mittel- und Osteuropas ermutigen, ihren Teil beizutragen. Zusammenarbeit ist auch bei regionalen Problemen erforderlich. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den erzielten Konsens über das Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag, der auf die Stärkung des Schutzes der Umwelt dieses Kontinents abzielt. Wir verweisen auf die guten Fortschritte beim Sahara- und Sahel-Beobachtungsprogramm und dem Budapester Umweltzentrum.

50.

Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 wird ein Meilenstein sein. Sie wird den Höhepunkt vieler internationaler Umweltverhandlungen bilden. Wir verpflichten uns, auf eine erfolgreiche Konferenz hinzuwirken und ihrer Vorbereitung die nötigen politischen Impulse zu geben.

51.

Anläßlich UNCED wollen wir folgendes erreichen:

- a) ein wirksames Rahmenübereinkommen über die Klimaveränderung, das geeignete Verpflichtungen enthält und alle Emissionsquellen und Senken von Treibhausgasen behandelt. Wir werden uns bemühen, die Arbeit an Durchführungsprotokollen zur Stärkung des Übereinkommens zu beschleunigen. Alle Beteiligten sollten sich verpflichten,

konkrete Strategien zur Begrenzung der Netto-Emissionen von Treibhausgasen zu entwickeln und umzusetzen sowie Maßnahmen zur Erleichterung einer Anpassung. Bedeutende Maßnahmen von Industrieländern werden die Entwicklungsländer und die osteuropäischen Länder zur Beteiligung ermutigen, die für die Verhandlungen sehr wichtig ist;

- b) Einigung über die Grundsätze für die Bewirtschaftung, Erhaltung und umweltverträgliche Nutzung aller Arten von Wäldern, die zu einem Rahmenübereinkommen führen sollte. Diese Einigung sollte einerseits für die Entwicklungsländer annehmbar sein, in denen tropischer Wald wächst, andererseits in Übereinstimmung mit dem Ziel eines globalen Übereinkommens oder einer globalen Vereinbarung zum Schutz der Wälder stehen, das wir in Houston formuliert haben.

52.

Wir werden uns bemühen, im Rahmen der UNCED folgendes zu fördern:

- a) die Mobilisierung finanzieller Ressourcen, um den Entwicklungsländern bei der Bewältigung von Umweltproblemen zu helfen. Wir befürworten die Nutzung bereits bestehender Mechanismen für diesen Zweck, insbesondere der Globalen Umweltfazilität (GEF). Die GEF könnte der umfassende Finanzierungsmechanismus werden, der den Entwicklungsländern dabei hilft, ihren Verpflichtungen aus den neuen Umweltübereinkommen nachzukommen;
- b) die Förderung eines verbesserten Flusses umweltfreundlicher Technologien in Entwicklungsländer mit Hilfe kommerzieller Mechanismen;
- c) einen umfassenden Ansatz in bezug auf Ozeane einschließlich der Regionalmeere. Die umweltbezogene und wirtschaftliche Bedeutung der Ozeane und Meere erfordert, daß sie geschützt und umweltverträglich bewirtschaftet werden müssen;
- d) die Weiterentwicklung des internationalen Umweltrechts, wobei unter anderem die Ergebnisse des Forums von Siena herangezogen werden sollten;
- e) die Stärkung internationaler Institutionen, die sich mit der Umwelt befassen, einschließlich des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), für das vor uns liegende Jahrzehnt.

53.

Wir unterstützen die Verhandlungen über ein annehmbares Rahmenübereinkommen über die Artenvielfalt unter der Ägide des UNEP, die möglichst im nächsten Jahr abgeschlossen sein sollte. Es sollte sich auf den Schutz von Ökosystemen, insbesondere in artenreichen Gebieten, konzentrieren, ohne positive Entwicklungen auf dem Gebiet der Biotechnologie zu behindern.

54.

Wir sind nach wie vor besorgt über die Zerstörung der tropischen Wälder. Wir begrüßen die Fortschritte bei der Entwicklung des Pilotprogramms für die Erhaltung des brasilianischen Tropenwalds, das von der Regierung Brasiliens in Abstimmung mit der Weltbank und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften als Reaktion auf das im Anschluß an den Gipfel in Houston unterbreitete Kooperationsangebot erstellt wurde. Wir rufen auf zu weiteren dringlichen Arbeiten unter der Ägide der Weltbank in Zusammenarbeit mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und im Rahmen geeigneter Politiken unter sorgsamer Beachtung wirtschaftlicher, technischer und sozialer Aspekte. Wir werden die Durchführung der Vorstufe des Pilotprogramms finanziell unterstützen und dabei alle in Frage kommenden Quellen, einschließlich des Privatsektors, nichtstaatlicher Organisationen, der multilateralen Entwick-

lungsbanken sowie der Globalen Umweltfazilität nutzen. Wenn die Einzelheiten des Programms geklärt sind, werden wir erwägen, diese Mittel durch bilaterale Unterstützung zu ergänzen, so daß Fortschritte in der Sache gemacht werden können. Wir sind der Ansicht, daß gute Fortschritte bei diesem Projekt sich positiv auf die Behandlung des Themas Wälder bei der UNCED auswirken werden. Wir begrüßen auch die Zunahme der „Debt-for-nature swaps“ mit dem Schwerpunkt Wälder.

55.

Die brennenden Ölquellen und die Meeresverschmutzung in der Golfregion haben gezeigt, daß die internationale Fähigkeit, Umweltkatastrophen zu verhindern beziehungsweise auf sie zu reagieren, verbessert werden muß. Alle diesbezüglichen internationalen und regionalen Übereinkünfte einschließlich der Übereinkünfte der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) sollten uneingeschränkt umgesetzt werden. Wir begrüßen die Entscheidung des UNEP, ein Versuchszentrum für dringende umweltbezogene Hilfe zu gründen. Angesichts der jüngsten Sturmschäden in Bangladesch setzen wir uns für die Förderung der unter der Ägide der Weltbank durchgeführten und von uns auf dem Gipfeltreffen in Paris geforderten Arbeit zur Eindämmung von Überschwemmungen ein.

56.

Lebende Meeresschätze, die durch Überfischen und andere schädliche Praktiken bedroht sind, sollten durch die Umsetzung von Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht geschützt werden. Wir drängen auf die Bekämpfung der Meeresverschmutzung und die Einhaltung der von regionalen Fischereioptionen geschaffenen Regelungen durch wirksame Überwachungs- und Durchsetzungsmaßnahmen.

57.

Wir rufen zu größeren Anstrengungen bei der Zusammenarbeit im Bereich der Umweltwissenschaft und -technologie auf, insbesondere auf folgenden Gebieten:

- a) wissenschaftliche Erforschung des Weltklimas, einschließlich Satellitenüberwachung und Meeresbeobachtung. Alle Länder, einschließlich der Entwicklungsländer, sollten in diese Forschungsbemühungen einbezogen werden. Wir begrüßen die Entwicklung der Informationsdienste für Benutzer von Erdbeobachtungsdaten seit dem Gipfeltreffen von Houston;
- b) die Entwicklung und Verbreitung von Energie- und Umwelttechnologien, einschließlich Vorschlägen für innovative Technologieprogramme.

## Drogen

58.

Mit Genugtuung nehmen wir die Fortschritte zur Kenntnis, die in diesem Bereich seit unserem Treffen in Houston erzielt wurden, insbesondere das Inkrafttreten des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1988 über den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen. Wir begrüßen die Schaffung des Programms der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des internationalen Drogenmißbrauchs (UNDCP).

59.

Wir werden unsere Bemühungen, die Drogennachfrage zu vermindern, im Rahmen eines umfassenden Aktionsprogramms gegen Drogenmißbrauch verstärken. Wir setzen unsere Bemühungen zur Bekämpfung der Geißel Kokain fort und werden parallel dazu dem Heroin verstärkte Aufmerksamkeit widmen, das noch immer die wichtigste harte Droge in Europa und Asien ist. Verstärkte Zusammenarbeit ist erforderlich, einerseits um die Heroinproduktion in Asien zu vermindern, andererseits um

den Heroinfluß nach Europa einzudämmen. Politische Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und die Öffnung der Grenzen dort haben die Gefahr des Drogenmißbrauchs erhöht und den Drogenschmuggel erleichtert, aber auch mehr Raum für konzertrierte europaweite Aktionen gegen Drogen geschaffen.

60.

Wir sprechen der „Dublin-Gruppe“, der europäische, nordamerikanische und asiatische Regierungen angehören, unsere Anerkennung für ihre Bemühungen aus; sie hat den Problemen der Herstellung von Suchtstoffen und des Schmuggels mit ihnen Aufmerksamkeit und Ressourcen gewidmet.

61.

Wir erkennen die Leistungen der Arbeitsgruppen an, die auf vergangenen Gipfeln eingesetzt wurden und von einer wachsenden Anzahl von Ländern unterstützt werden:

a) Wir fordern alle Staaten dringend auf, sich am internationalen Kampf gegen die Geldwäsche zu beteiligen und mit der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ (Financial Action Task Force – FATF) zusammenzuarbeiten. Wir befürworten nachdrücklich die Einigung auf ein Verfahren der gegenseitigen Evaluierung hinsichtlich der von jedem Teilnehmerland erzielten Fortschritte bei der Umsetzung der FATF-Empfehlungen bezüglich der Geldwäsche. Wir befürworten die Empfehlung der FATF, die besagt, daß diese Arbeitsgruppe ständig tätig sein und mit einem von der OECD gestellten Sekretariat ausgestattet werden sollte;

b) wir begrüßen den Bericht der Arbeitsgruppe „Chemie“ (Chemical Action Task Force – CATF) und befürworten die von ihr empfohlenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Abzweigung chemischer Produkte, aufbauend auf dem Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1988 gegen den Verkehr mit Suchtstoffen. Wir sehen dem Sondertreffen in Asien, bei dem der Schwerpunkt auf der Droge Heroin liegen wird, und dem für März 1992 vorgesehenen CATF-Treffen erwartungsvoll entgegen; auf diesen Treffen soll der zukünftige institutionelle Rahmen für diese Arbeit erörtert werden.

62.

Uns ist daran gelegen, die Fähigkeit der Vollstreckungsbehörden zu verbessern, illegale Drogenbewegungen ausfindig zu machen, ohne den legalen Personen- und Warenverkehr zu behindern. Wir legen dem Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens nahe, seine Zusammenarbeit mit Verbänden international tätiger Händler und Spediteure zu diesem Zweck zu vertiefen und noch vor unserem nächsten Gipfeltreffen einen Bericht zu erarbeiten.

## **Wanderungsbewegungen**

63.

Wanderungsbewegungen haben unter geeigneten Bedingungen einen wertvollen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geleistet und können dies auch weiterhin tun; jedoch besteht wachsende Sorge über den weltweiten Wanderungsdruck, der auf eine Reihe politischer, sozialer und wirtschaftlicher Faktoren zurückzuführen ist. Wir begrüßen die Tatsache, daß diesen Fragen von der OECD immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, und könnten bei einem künftigen Gipfeltreffen erneut auf dieses Problem zurückkommen.

## **Nächstes Treffen**

64.

Wir haben die Einladung von Bundeskanzler Kohl angenommen, unser nächstes Gipfeltreffen im Juli 1992 in München, Deutschland, abzuhalten.